



Der rote Farbtupfer

Newsletter von Macit Karaahmetoğlu, SPD-Bundestagsabgeordneter für Ludwigsburg



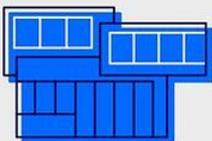
FARBTUPFER AUS DER HAUPTSTADT & DER WELT

Heizungsgesetz gibt Menschen Klarheit

Nach der Sommerpause hat der Bundestag das Gebäudeenergiegesetz (GEG) beschlossen – besser bekannt als das Heizungsgesetz. Mit dem GEG und der kommunalen Wärmeplanung wird eine deutschlandweit verbindliche Grundlage für die Wärmewende geschaffen.

Wir haben nun ein pragmatisches und zielführendes Gesetz, das Planbarkeit, Bezahlbarkeit und Machbarkeit in den Mittelpunkt stellt und so Klimaschutz mit sozialer Verantwortung verbindet. Für Hauseigentümer:innen wird es umfangreiche Förderungen von 30 bis 70

KLIMAFREUNDLICHES HEIZEN: DAS GILT AB 1. JANUAR 2024*

NEUBAU	BESTAND
 Bauantrag ab dem 1. Januar 2024	
 IM NEUBAUGEBIET Heizung mit mindestens 65 Prozent Erneuerbaren Energien	 HEIZUNG FUNKTIONIERT ODER LÄSST SICH REPARIEREN Kein Heizungstausch vorgeschrieben
 AUSSERHALB EINES NEUBAUGEBIETES Heizung mit mindestens 65 Prozent Erneuerbaren Energien frühestens ab 2026	 HEIZUNG IST KAPUTT - KEINE REPARATUR MÖGLICH Es gelten pragmatische Übergangslösungen.* Bereits jetzt auf Heizung mit Erneuerbaren Energien umsteigen und Förderung nutzen.

Prozent geben. Wir haben auch dafür gesorgt, dass besondere persönliche Umstände, wie etwa eine Pflegebedürftigkeit, als Härtefall anerkannt werden können.

Um den Lebensrealitäten vor Ort gerecht zu werden, ermöglichen wir alle klimafreundlichen Heizsysteme. Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir dafür gesorgt, dass neben Wärmepumpe, Fernwärme und anderen technologischen Optionen nun auch nachhaltige Holzenergie ermöglicht wird. Unabhängig vom Heizsystem gelten für den Umbau und den Netzanschluss großzügige Übergangsfristen.

Das ist uns gelungen mit einer einfachen und verständlichen Regel: Für Mieter:innen gilt beim Heizungstausch künftig ein Kostendeckel von 50 Cent pro Quadratmeter – egal, welche Heizung ihr Vermieter zu welchem Preis einbaut. Dieser Deckel wird sogar auf die bereits bestehende Höchstgrenze der Modernisierungsumlage angerechnet.

So sind Mieter:innen auch bei zusätzlichen Sanierungsmaßnahmen, beispielsweise bei Fassadendämmung, vor einem starkem Anstieg der Miete sicher. Indexmietverträge haben wir aufgrund der hohen Inflation von Mieterhöhungen durch Modernisierungen ausgenommen.

Diskussion: Analyse der türkischen Präsidentschaftswahlen

Als Präsident der Deutsch-Türkischen Gesellschaft e.V. (DTG) war es mir eine große Freude, viele interessierte Teilnehmer:innen zu unserer Podiumsdiskussion „Analyse der Präsidentschaftswahlen 2023 in der Türkei - Wie steht es um die zukünftigen Beziehungen zwischen Europa und der Türkei?“ zu begrüßen.

Die Gäste, darunter Bundestagsabgeordnete, -mitarbeiter aber natürlich auch Mitglieder und Freunde der DTG waren ins Jakob-Kaiser-Haus des Bundestages gekommen, um mit mir und zwei geladenen Expert:innen ins Gespräch zu kommen: Dr. Yasar Aydin von der Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP/CATS) und Dr. Zeynep Yanasmayan vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Die Moderation des Abends übernahm Karina Mössbauer (Chefreporterin Politik, BILD-Zeitung).



Das Wahlergebnis in der Türkei hat bei vielen in Deutschland zwar für Enttäuschung gesorgt, aber die Beziehungen zwischen den beiden Ländern dürfen sich keinesfalls verschlechtern. Es gilt, den Status quo zu erhalten und sich auf die Zeit nach Erdogan vorzubereiten.

Was die Türkei so besonders macht, ist dass es trotz jahrelangem Abbau des Rechtsstaats und vieler Freiheitseinschränkungen eine so lebendige und starke Zivilgesellschaft gibt. Diese müssen wir stärken und den Kontakt halten.

Wir brauchen zudem einen politischen Rahmen für eine pragmatische Zusammenarbeit, etwa im Bereich der Sicherheitspolitik. Die Türkei ist geostrategisch zu bedeutsam, um sie nicht weiter als Partnerin zu verstehen. Zudem hat die Türkei eine junge, gut ausgebildete Bevölkerung, die das Land auch im Bereich der Fach- und Arbeitskräftegewinnung sehr attraktiv macht.

Wir hätten die entstandene Diskussion noch sehr lange fortsetzen können, nahezu zwei Stunden genügten bei weitem nicht. Auf eine Fortsetzung bei einer unserer nächsten DTG-Veranstaltungen freue ich mich umso mehr.

Mein Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau: Merz macht AfD salonfähig

Die Äußerung des CDU-Parteivorsitzenden Friedrich Merz zu Zahnbehandlungen von Asylbewerbern habe ich mit einem [Online-Gastbeitrag](#) in der Frankfurter Rundschau als höchstgefährlich kritisiert. Ein solcher Populismus auf Kosten von Minderheiten stärkt nur die AfD.

Merz reißt mit seinen spalterischen Parolen die Errungenschaft Angela Merkels ein, dass die Volkspartei CDU nach Jahrzehnten des innerlichen Haderns sich endlich zum gesamten Volk, also auch den Menschen mit ausländischen Wurzeln, bekannte. Seine aktuellen Äußerungen zu Zahnarztbehandlungen von Asylbewerbern reihen sich ein in viele Sprüche, mit denen er unsere Demokratie, unsere Werte und unsere Weltoffenheit missachtet.

Ja, es sind Wahlkampfzeiten in Hessen und Bayern. Die CDU wird mit solchen Aussagen aber nichts gewinnen. Menschen wollen immer das Original und werden dieses dann auch wählen. Da kann sich Friedrich Merz noch so sehr bemühen, zu klingen wie die menschenfeindliche Konkurrenz am rechten Rand. Seiner Partei, dem gesellschaftlichen Klima aber eben auch der politischen Lösungsfindung hilft er mit solchen Äußerungen in keiner Weise weiter.

Auch in seiner Fraktion trägt diese hetzerische Sprache Früchte. Ausgerechnet die ehemalige Integrationsstaatssekretärin NRWs und Bundestagsabgeordnete Serap Güler, unterstellt in einem aktuellen ZEIT-Interview migrantischen Unternehmern die Angst davor, dass neue Zuwanderer „hier alles kaputt“ machen könnten.

Das klingt verdammt nach AfD-Stumpfsinn. Gruppierungen gegeneinander ausspielen, Ängste schüren, Keile in unser gesellschaftliches Fundament treiben. Frau Güler unterstellt damit zudem der migrantischen Community Dummheit und spricht ihr die Fähigkeit ab, das Schauspiel der AfD zu durchschauen.



FARBPUTZER AUS DEM WAHLKREIS & UMLAND

Rathaus Ludwigsburg: Jour-fix mit der Verwaltungsspitze

Seit meinem vorangegangenen Treffen mit Ludwigsburgs Oberbürgermeister Matthias Knecht hat sich über die Sommerpause eine Vielzahl von Themen aufgestaut. Anfang September hatte ich im Rathaus Gelegenheit zu einem weiteren regen Austausch mit ihm und den Bürgermeisterinnen Renate Schmetz und Andrea Schwarz, eine Parteifreundin.

Selten zuvor hatten so viele Gesetzesvorhaben, die wir aktuell im Deutschen Bundestag diskutieren oder bereits beendet haben, unmittelbare Auswirkungen auf die kommunale Ebene.



Umso wichtiger ist es, die gegenseitigen Positionen kennen- und verstehen zu lernen.

Die Unterbringung von Geflüchteten, kommunale Finanzen, Klimapolitik und der akute Arbeitskräftemangel waren zentrale Themen, die wir intensiv besprochen haben. Mir war sehr wichtig zu betonen, dass persönliche Gespräche allen Beteiligten mehr bringen, als über die

Medien zu kommunizieren.

Stellungnahme zu Landrat-Protest: Hilfe des Bundes beachtlich

Landrat Dietmar Allgaier hat sich erneut mit Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu Wort gemeldet. Die Lokalzeitungen übernahmen seine Pressemitteilung mehr oder weniger im Wortlaut. Einige seiner Behauptungen, die ich als sehr einseitig empfand, konnte ich so nicht stehenlassen, und ich ließ den Medien eine klärende Stellungnahme zukommen.

Der Wortlaut:

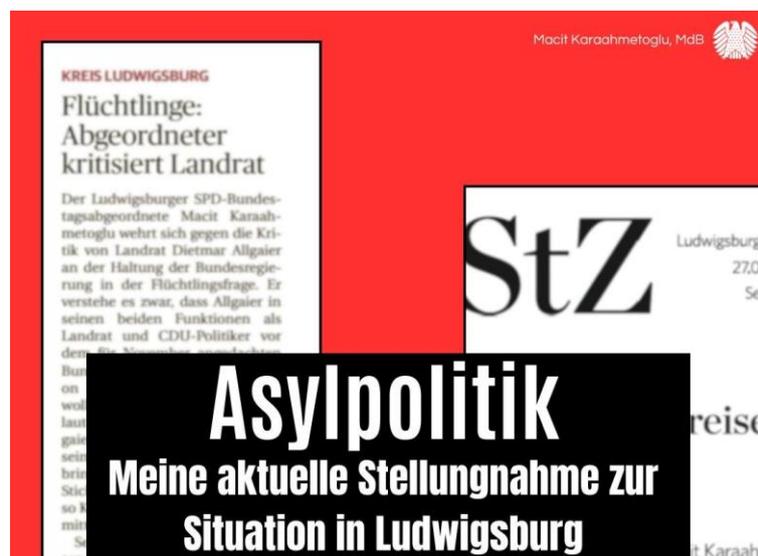
Ich verstehe als SPD-Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Ludwigsburg, dass Herr Allgaier in seinen beiden Funktionen als Landrat und CDU-Politiker vor dem für November angedachten Bund-Länder-Treffen zu Migration und Flucht Druck mit seiner Presseveröffentlichung aufbauen möchte.

Selbstverständlich ist die wachsende Zahl Geflüchteter

eine Belastung - und zwar für alle Landkreise in Deutschland. Das ignoriert die Bundesregierung überhaupt nicht.

Doch der immer gleich lautende Vorwurf von Landrat Allgaier, die Bundesregierung lasse seinen Landkreis bei der Unterbringung von Geflüchteten im Stich, ist einfach nicht korrekt.

Er ignoriert Tatsachen: Im laufenden Jahr beträgt laut den jüngsten Zahlen aus dem



Bundesfinanzministerium die Summe der flüchtlingsbezogenen Ausgaben im Bundeshaushalt 26,6 Milliarden Euro. 2022 waren es sogar knapp 30 Milliarden Euro.

Leider vergisst der Landrat auch in jeder seiner verbalen Angriffe auf die Bundespolitik zu hinterfragen, ob die baden-württembergische CDU-Justiz- und Migrationsministerin Marion Gentges ihren Pflichten nachkommt. Schließlich fällt das Flüchtlingsaufnahmegesetz in ihr Ressort. Folglich ist die Landesregierung seine eigentlich erste Anlaufstelle für Fragen der Unterbringung - und nicht die Bundesregierung.

Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten liegen primär in der Zuständigkeit von Ländern und Kommunen. Bei der Finanzierung unterstützt der Bund erheblich und wird bei den im November vorgesehenen Gesprächen dazu ganz sicher auch seiner Verantwortung weiter gerecht werden.

Politische Bildung muss finanziert werden

Im September hatte ich im Wahlkreis-Büro ein gutes Gespräch mit Prof. Dr. Jörg Kessler, Rektor der pädagogischen Hochschule Ludwigsburg, u. a. zu der im neuen Haushaltsentwurf vorgesehenen 20-prozentigen Kürzung der Mittel für die Arbeit der Bundeszentrale für Politische Bildung.



In Zeiten, in denen Rechtspopulisten stärker werden - da sind wir uns mit Prof. Kessler einig -, brauchen wir eine Stärkung der politischen Bildung. Insofern werde ich mich für den Erhalt der bisherigen Mittel einsetzen.

IMPRESSUM

Macit Karaahmetoglu, MdB

Wahlkreisbüro Ludwigsburg, Untere Marktstraße 6, 71634 Ludwigsburg

Telefon: 07141-9919755, Mail: macit.karaahmetoglu.wk@bundestag.de